



„Populismus erstarkt in Europa“

VON JANA BEHRENDIS

Gibt es einen Rechtsruck in Europa? Und warum scheinen sich junge Menschen nicht für die EU zu interessieren? Das diskutierte sprach darüber mit dem Bundestags-Abgeordneten und Haushaltsexperten Sven-Christian Kindler (Grüne).

dk: Herr Kindler, die europäische Jugend ist derzeit stark für Populisten, besonders von rechts, empfänglich. Warum haben junge Leute in die EU kein Vertrauen?

Kindler: Der Rechtspopulismus in Europa erstarkt allgemein – auch durch die Krise seit 2008. Das ist ein Phänomen, das nicht nur bei jungen Leuten auftritt, sondern sich durch alle Bevölkerungsschichten zieht. Europa wird auch kritisch gesehen, weil es als Symbol für die Krise steht. Wichtig ist jedoch, dass diese billigen Antworten, die eine Rückkehr in den Nationalstaat bedeuten, unsere Probleme nicht lösen können. Die Steuerflucht findet beispielsweise grenzüberschreitend statt. Dafür brauchen wir europäische Lösungen, und die Rechtspopulisten geben darauf keine Antwort.

Dennoch scheinen sich nicht viele Jugendliche für die Europawahl zu interessieren. 2009 nahmen nur 27 Prozent der unter 25-Jährigen an der Europawahl teil, bei der Bundestagswahl im selben Jahr waren es 60 Prozent.

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl ist generell zu gering, ebenso die bei jungen Wählern. Deswegen müssen wir als Parteien zeigen, wie wichtig die Europawahl ist. Das Europäische Parlament ist das stärkste in seiner Geschichte und hat viele wichtige Entscheidungen zu treffen,

zum Beispiel in der Frage des Datenschutzes. Für junge Menschen ist Europa ja auch ein Stück Normalität: Offene Grenzen, eine einheitliche Währung, Austauschprogramme wie Erasmus sind selbstverständlich.

Was kann man also tun, um junge Menschen einzufangen für die europäische Idee?

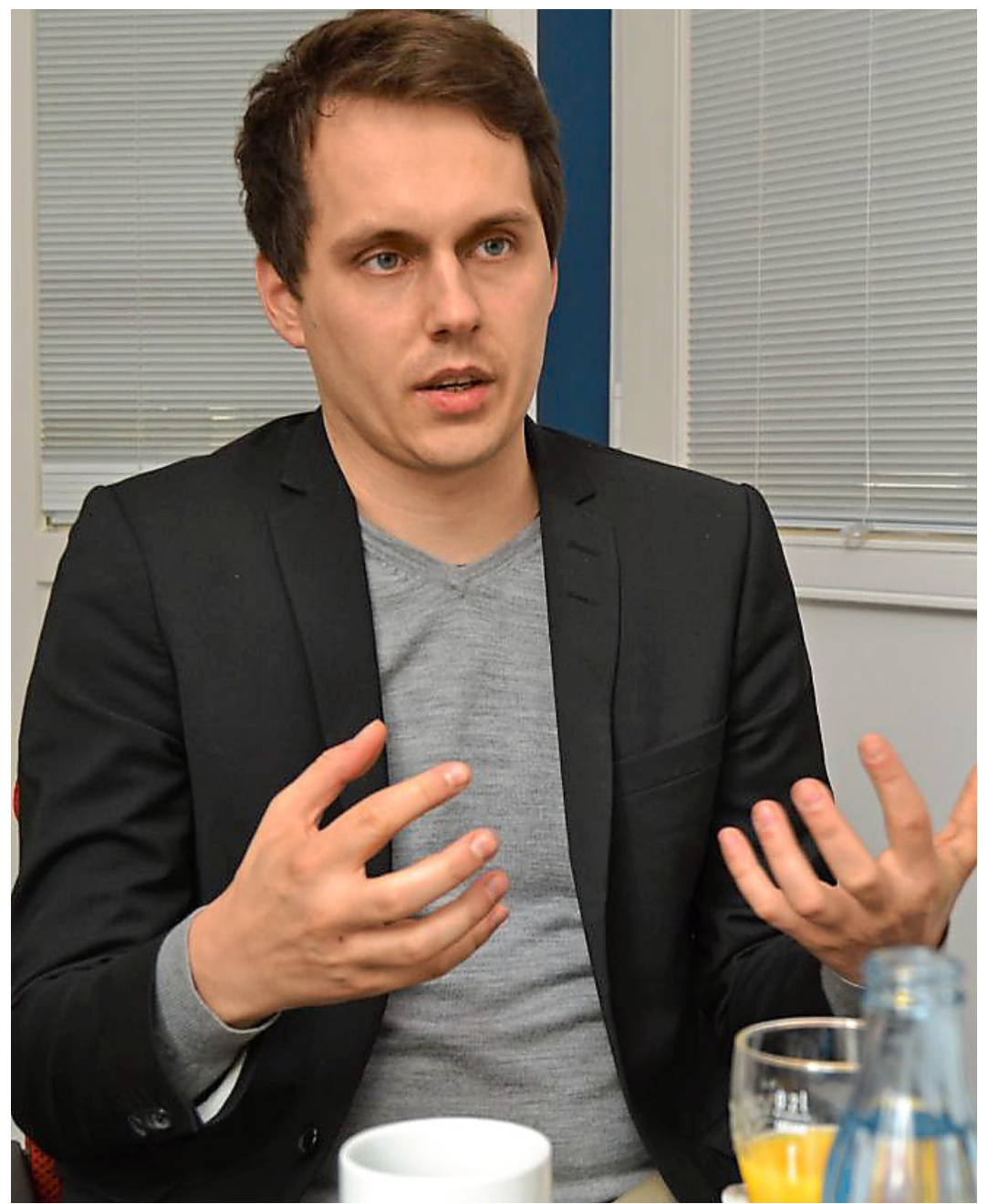
Es muss ihnen klargemacht werden: Europa hat konkret etwas mit meinem Leben zu tun. Wenn ich mein Smartphone nutze, stelle ich mir die Fragen: Wie werden meine Daten geschützt, wie kann ich dafür sorgen, dass Geheimdienste und Konzerne nicht an

INTERVIEW

meine Daten kommen? Deswegen ist es wichtig, in Schulen und Universitäten zu gehen und den jungen Leuten klar zu machen: Europa ist hier in Delmenhorst und nicht nur das Ausland.

Aber ist es nicht vielmehr nur eine kleine Elite, die an Austauschprogrammen teilnimmt? Das Gros der jungen Leute sagt sich doch: Europa hat mir auch Schaden gebracht. Ein Beispiel ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. In Deutschland ist sie relativ gering, es herrschen dennoch keine paradiesischen Zustände für junge Arbeitssuchende.

Das stimmt natürlich. Aber die Probleme in Deutschland sind hausgemacht, man kann sie nicht Europa anlasten. Wichtig ist nur, nicht alles auf die EU abzuschieben. Häufig sind es schließlich die nationalen Regierungen, die dafür sorgen, dass es keine europäische Lösung gibt. Das betrifft ganz viele Fragen, etwa die Finanztransaktionssteuer, die von den nationalen Regierungen im Europäischen Rat blockiert wird.



Sven-Christian Kindler (Grüne) im Gespräch mit dem dk: „Billige Antworten, die eine Rückkehr in den Nationalstaat bedeuten, können unsere Probleme nicht lösen.“

FOTO: DANIEL KNOKE

Aber die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa hängt stark mit der Krise zusammen.

Das stimmt, aber es ist auch ein Wechselspiel zwischen den dortigen konservativen Regierungen, die für Sozialabbau gesorgt haben, und mit Angela Merkels hartem Sparkurs.

Dennoch sorgt die EU in Deutschland für Unmut. Nach einer neuen Studie meint mehr als ein Viertel aller Deutschen, dass sie

ohne die EU besser dran wären. Was würden Sie diesen Menschen sagen?

Nicht vergessen sollte man, dass die Europäische Union ein Friedensprojekt darstellt – als Antwort nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute profitiert gerade Deutsch-

land massiv von diesem Europa. Es ist etwa als Exportland auf offene Märkte angewiesen und hat in der Krise viel Geld an Zinsen für seine Staatsverschuldung gespart – weil viele Südeuropäer ihr Kapital in das sichere Deutschland gebracht haben.

ZUR PERSON

Der gebürtige Hannoveraner **Sven-Christian Kindler** (Grüne) ist seit 2009 Mitglied im Deutschen Bundestag. Mit 29 Jahren ist er einer der jüngsten Abgeordneten. Der Betriebswirt ist Mitglied im Haushaltsausschuss und haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion; seine Schwerpunkte liegen neben der Haushaltspolitik auf Antifaschismus sowie Euro und Europa.

Regierung hält an Kindergeld fest

CSU-Vorstoß zu europäischen Saisonarbeitern ist abgeschmettert

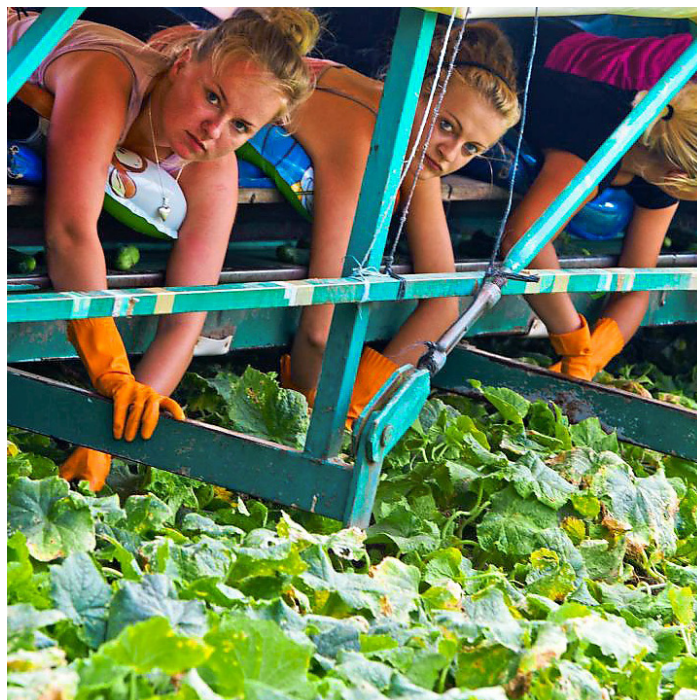
BERLIN (DPA). Die Bundesregierung will an den Kindergeldansprüchen von Saisonarbeitern für deren in der Heimat lebende Kinder nicht rütteln. Forderungen aus der CSU nach Änderungen der Wanderarbeitern rechtlich zustehenden Leistungen lehnt sie ab.

„Die Bundesregierung hält europarechtliche Vorgaben ein“, heißt es laut „Rheinischer Post“ von gestern in einer Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage der Grünen. Familienbezogene Leistungen und namentlich das Kindergeld für Familienangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedsstaat wohnen, seien zu gewähren.

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs haben uneingeschränkt steuerpflichtige Saisonarbeiter aus einem EU-Staat

auch dann in Deutschland Anspruch auf Kindergeld, wenn ihr Nachwuchs in der Heimat lebt. Dortige Kindergeldbezüge sind dabei abzuziehen. Die Kindergeldansprüche von Saisonarbeitern für ihre in der Heimat lebenden Kinder summieren sich auf jährlich 200 Millionen Euro.

Die CSU fordert, die Zahlungen für im Ausland lebende Kinder von hier ansässigen EU-Ausländern gesetzlich zu ändern. „Die Höhe des Kindergeldes sollte abhängig sein vom Wohnort der Kinder und den dortigen Lebenshaltungskosten“, sagte Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt der „Passauer Neuen Presse“ von gestern. „Falsche Anreize nach Deutschland zu kommen, müssen dringend vermieden werden.“



Sollen nach dem Willen der CSU kein Kindergeld bekommen: Europäische Saisonarbeiter in Deutschland, wie hier polnische Gurkenpflückerinnen in Brandenburg im vergangenen Sommer.

FOTO: DPA-ARCHIV

Groote lobend erwähnt

SPD-Politiker gilt als Hoffnungsträger

LEER-STRASSBURG (BEH). In der vergangenen Woche hat die Financial Times 25 Abgeordnete als Hoffnungsträger des Europäischen Parlaments ausgewiesen. Neben Namen wie Parlaments-Präsident Martin Schulz wird auch Matthias Groote, SPD-Europaabge-

ordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittel-sicherheit, genannt. Das teilte sein Büro mit. Der 40-jährige Sozialdemokrat aus Leer gehöre laut Financial Times zum Kern des Europäischen Parlaments.

Schulz wehrt sich

Streit mit CSU ebbt nicht ab

BERLIN (DPA). SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi hat CSU-Chef Horst Seehofer vorgeworfen, seinen Segen für diffamierende Attacken auf die SPD zu geben. Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl, forderte Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel auf, polemische Kritik von Unionspolitikern zu

unterbinden. „Immer wenn die Rechte nervös wird, versucht sie, aus Sozialdemokraten Vaterlandsverräter zu machen.“ CSU-Spitzenkandidaten Markus Ferber hatte kritisiert, dass Schulz für mehr Aufnahmen von Bootsflüchtlingen ist: „Die Schlepperbanden in Afrika haben damit einen Geschäftsführer bekommen.“